

# Trauriges Jubiläum: VU-Motion seit 5 Jahren unbeantwortet

Seit vielen Jahren setzt sich die VU für eine freie Wahl des Familienmodells und die bessere Anerkennung der Sorge-Arbeit ein. Im Gesellschaftsministerium scheint das aber kaum zu interessieren. Eine entsprechende Motion wird dort seit fünf Jahren auf die lange Bank geschoben. Leider beispielhaft für die Geringschätzung der Sorgearbeit.



**Michael Winkler**  
Generalsekretär

Bereits mehrfach brachte die VU das Thema in den Landtag: Das Problem: Menschen, die Familien- und Erziehungsarbeit leisten, machen das in der Regel unbezahlt und können

keine pensionskassenähnlichen Rücklagen für das Alter bilden. Dabei ist gerade Erziehung, Pflege und Betreuung in der eigenen Familie ein unverzichtbarer Teil unserer Kultur und unseres Zusammenhalts.

14 Abgeordnete hatten deshalb der VU-Motion «Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit» zugestimmt. Darin wurde die Regierung beauftragt, «dem Landtag ein Gesetz zur Beschlussfassung vorzulegen, das im Rahmen einer ei-

genständigen Lösung unabhängig der beruflichen Vorsorge, womöglich in Anlehnung an die Erziehungsgutschriften im Sinne des AHVG, Lücken in der Alters- und Risikovorsorge schliesst, die nachweislich durch das Erbringen von unbezahlter Familien- und Erziehungsarbeit entstanden sind».

## Keine Bewegung

Im Mai 2024 liess dazu der FBP-Gesellschaftsminister

ausrichten, dass das Thema in der Altersstrategie drinstehe aber nicht priorisiert werde. Leider zeigt hier das Gesellschaftsministerium damit, dass diese Menschen, meist Frauen, für ihre uneigennützi- gen Leistungen weiterhin durch die Finger schauen, wenn es um die Altersvorsorge geht.

## VU bleibt dran!

Die VU und die Frauenunion akzeptieren dieses Verhalten

nicht. Nur weil die Lösung nicht einfach anmutet eine Motion zu einem Papiertiger verkommen zu lassen ist die falsche Einstellung. Deshalb werden wir uns weiterhin dafür stark machen, dass dieses Thema priorisiert wird. Damit soll gewährleistet sein, dass Eltern, welche ihre Kinder nicht fremdbetreuen lassen oder Menschen, die ihre Familienangehörigen pflegen, nicht weiterhin finanzielle Nachteile im Alter in Kauf nehmen müssen. ■